

Andreas Weerda
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Gemeinderat Hinte
Landesstraße 5
26759 Hinte
Tel: 04925/378
Mobil: 0160/8232828



9 MÄRZ 2020

Gemeinde Hinte

z.Hd. Herrn Bürgermeister Uwe Redenius

Brückstraße 11a

26759 Hinte

„Rettet die 112 und den Rettungsdienst!“ – Beitritt der Gemeinde Hinte zum Bündnis für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat Hinte bekennt sich zur kommunalen Verantwortung und Entscheidungskompetenz für den Rettungsdienst bei den Landkreisen und kreisfreien Städten und lehnt Zuständigkeitsübertragungen in diesem Bereich auf den Bund strikt ab. Die Gemeinde Hinte unterstützt die Ziele des Bündnisses für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe und erklärt deshalb ihren Beitritt zu dem vom Niedersächsischen Landkreistag (NLT) ins Leben gerufenen Bündnis „Rettet den Rettungsdienst“.

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Beitritt zu diesem Bündnis gegenüber dem NLT zu erklären und die politischen Gremien über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden zu halten.

Begründung:

Das Bundesgesundheitsministerium will die Probleme in der ambulanten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung und im Bereich des kassenärztlichen Notdienstes nutzen, um den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe faktisch abzuschaffen. Hierzu soll das Grundgesetz geändert werden, um die Zuständigkeit für den Rettungsdienst von den Ländern auf den Bund zu verlagern.

Das würde bedeuten, dass die Mitbestimmung der Gemeinden, Städte und Kommunen beim Bedarf an Fahrzeugen, der Lage der Rettungswachen und bei der Auswahl der Leistungsträger wegfällt.

Das seit vielen Jahrzehnten bewährte System des Rettungsdienstes in kommunaler Verantwortung ist damit bedroht und stünde bei Umsetzung der Pläne vor dem Aus. Sogar die international bekannte Notrufnummer 112 soll mit dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst und den Aufgaben der Terminservicestellen, die Facharzttermine vermitteln sollen, vermischt werden. Hierzu sollen laut Gesetzentwurf Gemeinsame Notfallleitstellen (GNL) verpflichtend vorgeschrieben werden. Wie die funktionieren sollen, bleibt selbst Fachleuten unklar.

Künftig sollen zudem nicht mehr die Krankenkassen, sondern die Länder und Kommunen die Vorhalte- und Investitionskosten des Rettungsdienstes bezahlen. Das wäre eine Kostenverlagerung von mehreren Milliarden Euro von den Krankenkassen auf die Länder und Kommunen. Im gleichen Atemzug, mit dem man die Entscheidungsfreiheit der Länder und Kommunen beenden will, werden ihnen große Teile der Kosten aufgebürdet.

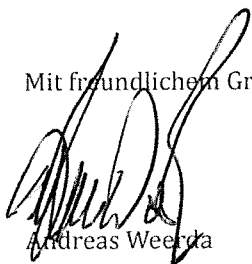
Für weitere Einzelheiten wird auf den als Anlage beigefügten Gründungsauftrag des Bündnisses „Rettet den Rettungsdienst“ verwiesen.

Ein gut aufgestellter und versorgungsgerecht auf die jeweilige örtliche Situation ausgerichteter Rettungsdienst in kommunaler Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte ist gerade auch im Interesse der ländlichen Gemeinden wie der Gemeinde Hinte.

Die Gemeinden sollten deshalb den Landkreisen ihre eindeutige Unterstützung erklären. Hier vor Ort sind wir in Hinte in der Vergangenheit immer gut damit gefahren, dass der Landkreis Aurich der zuständige örtliche Träger des Rettungsdienstes für unser Gemeindegebiet war. Wenn diese Trägerschaft durch die vom Bundesgesundheitsministerium geplanten Änderungen bedroht ist, muss deshalb auch die Gemeinde Hinte ihre Stimme erheben und Position beziehen.

Aus diesem Grund beantragt die SPD-Gemeinderatsfraktion, dass die Gemeinde Hinte dem „Bündnis für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe“ beitrifft. Mit dem Beitritt sind laut Mitteilung des NLT keine Kosten und weiteren Verpflichtungen verbunden.

Mit freundlichem Gruß



Andreas Weerda